

Die „Welt“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 2/3 durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitung Nr. 7249.

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Bestellungsbedingungen: Bestelle für die „Welt“ rechtzeitig oder deren Nummer 20 Pfennige, für Beilagen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Mittwoch, den 16. September 1896.

7. Jahrgang.

Zur „Reform“ der Arbeiterversicherung.

Möglichst höchstnennende Titel werden bei den „social-reformatoren“ Maßnahmen unserer Regierungen gewählt. Das gilt auch wieder für den neuesten Gesetzesentwurf, betitelt „die Abänderung von Arbeiterversicherungsgesetzen“. Wer nur den Titel liest und den Anfang des Entwurfs ansieht, muß glauben, es handle sich hier um Einführung der viel-erwähnten Vereinheitlichung des ganzen Arbeiterversicherungswesens. Aber diese notwendige Maßregel wird durch den Entwurf nicht einmal angebahnt. Außer einigen Bestimmungen über die Zuständigkeit der auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes gegründeten Schiedsgerichte über Unfallsachen, bleiben Unfall- und Krankenkassengesetz unberührt. Aber Krankenkassen- und Invaliditätsgesetz hätte man gemeinlich reformieren müssen, wenn man die Unzulänglichkeiten beseitigen wollte.

Die Invalidenrente soll dort einsetzen, wo die Krankenunterstützung aufhört. Nun sind aber in Deutschland ungefähr 5 Millionen Arbeiter auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes versicherungspflichtig, welche der Krankenversicherung nicht unterliegen. Hier hätte man einsetzen müssen, wenn der Zweck der Invalidenunterstützung nothdürftig erreicht werden soll. Aber dann hätte man Landarbeiter und Diensthöten der Krankenversicherungspflicht unterwerfen und den Junkern einige Verpflichtungen auferlegen müssen. Die Junker wollen jedoch nur Gesetze, in denen ihnen Liebesgaben aus den Taschen der Steuerzahler bewilligt werden. Für diese Seite junckerlicher Politik hat die Regierung großes Verständnis und sie meidet Alles, was die Junker rabiat machen kann. Ferner müßte die Invalidenrente dann beginnen, wenn die Krankenunterstützung aufhört. Das Krankenkassengesetz verpflichtet die Krankenkassen aber nur, 13 Wochen Unterstützung zu geben. Sämmtliche Gemeindefassen, der größte Theil der Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskassen und ein Theil der freien Hilfskassen gehen mit ihren Unterstützungen über diese Zeit nicht hinaus. Das Invaliditätsversicherungsgesetz gewährt aber erst dann Rente, wenn der Versicherte ein Jahr krank war. Also 5 Millionen Nichtversicherter und ein großer Theil der Krankenkassenmitglieder sind dann schon der Armenkasse anheimgefallen, wenn die Invalidenrente beginnt. In den meisten dieser Fälle kommt die Invalidenrente nicht dem Versicherten, sondern der Armenkasse zu Gute. Diese Rente hätte nothwendig ausgefüllt werden müssen, aber weder das Krankenkassengesetz noch der § 10 des Invaliditätsversicherungsgesetzes sollen abgeändert werden, folglich bleibt auch dieser schreiende Mißstand bestehen.

Als bei Berathung der Novelle zum Krankenkassengesetz von unseren Genossen Bruhns und Mollenhuth beantragt wurde, diese Lücke zu beseitigen, wurde die Berechtigung eines solchen Antrages allseitig anerkannt, nur hieß es damals, daß hier nur die Aenderung des Invaliditätsversicherungsgesetzes Abhilfe schaffen könne. Nun, da dieses Gesetz abgeändert werden soll, wird man die Dränger wieder auf eine Abänderung des Krankenkassengesetzes verweisen.

Eine weitere Ausgestaltung erfährt das Heilverfahren durch die Versicherungsanstalten. Für das Heilverfahren

Erkrankter wurden 1891 301 Mark, 1892 31,815 Mark, im folgenden Jahre 107,179 Mark und 1894 362,773 Mark ausgegeben. Aber auch nach dem Entwurf erhält der Versicherte keinen Rechtsanspruch auf eine Unterstützung bei Versicherungsanstalt. § 12 Abs. 1 soll nach dem Entwurf folgenden Wortlaut erhalten: „Ist ein Versicherter dergestalt erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf reichs-gesetzliche Invalidenrente begründet, so ist die Versicherungsanstalt befugt, zur Abwendung dieses Nachtheils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfange einzutreten zu lassen.“ Ob das Heilverfahren eintreten soll, entscheidet die Versicherungsanstalt. Die dem Versicherten gemachten Zuwendungen erscheinen als eine Gnadenbewilligung, die man politisch unlieb-samen Personen verweigern oder entziehen kann.

Merkwürdige Anschauungen hat der Verfasser des Entwurfs über die Grundlagen des Gesetzes. Er behauptet in den Motiven: „Die Grundlagen des Gesetzes haben sich im Allgemeinen bewährt, wenigstens ist es bisher noch nicht gelungen, etwas Besseres an deren Stelle vorzuschlagen. Nur die Bestimmungen über die Vertheilung der Rentenlast unter die einzelnen Träger der Versicherung haben sich als abänderungsbedürftig erwiesen.“ Es wird deshalb vorgeschlagen, daß der Versicherte dann einen Anspruch auf Invalidenrente haben soll, wenn er: „in Folge seines geistigen oder körperlichen Zustandes dauernd nicht mehr im Stande ist, durch seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Vorbildung und bisherigen Berufstätigkeit zugemuthet werden kann, für jeden Werktag durchschnittlich täglich mindestens ein Drittel des für den Beschäftigungsort nach § 8 des Kranken-Ver-sicherungsgesetzes festgesetzten ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner zu verdienen.“

Dadurch bleiben die Mißstände des Gesetzes nicht nur bestehen, sondern werden noch verschärft. Der Entwurf müßte dem Versicherten Arbeit zu, weist sie ihm aber nicht nach. Man kann nach wie vor zu einem kranken Maurer sagen: „Du kannst mit leichten Arbeiten noch ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes verdienen“, aber man braucht ihm nicht zu sagen, wo er diese „leichte Arbeit“ finden kann. Während nach dem jetzigen Gesetz die Erwerbsunfähigkeit angenommen wird, wenn der Versicherte nicht mehr ein Sechstel seines bisherigen persönlichen Arbeitsverdienstes und ein Sechstel des orts-üblichen Tagelohnes verdienen kann, soll der thatsächliche Arbeitsverdienst jetzt ganz aus-scheiden. Der Maschinenmeister einer Buchdruckerei an einem Orte, wo der ortsübliche Tagelohn auf 1,20 Mark festgesetzt ist, kann z. B. nicht eher Invalidenrente erhalten, bevor sein Arbeitslohn nicht auf 40 Pfg. pro Tag gesunken ist. Bei einem persönlichen Verdienst von 3,60 Mk. pro Tag ist er heute berechtigt, Invalidenrente zu fordern, wenn er nicht mehr 60 + 20 gleich 80 Pfg. verdienen kann. Die heute beanpruchte Minderung der Erwerbsfähigkeit müßte also noch um die Hälfte sinken, um ihn nach den neuen Bestimmungen zum Rentenanspruch zu berechtigen.

Gerade der wundeste Punkt des Gesetzes wird nicht ausgemergelt, sondern noch verschlimmert. Hier hätten sich die Verfasser der Novelle die Motive zu dem Gesetz und die dem Etat für 1892/93 beigegebene Denkschrift ansehen sollen. Nach der letzteren wurde ange-nommen:

Invalide werden jährlich: 79,878 Personen.

Davon gehen ab:
a. Weil sie Unfallrente erhalten . . . 10,845
b. Durch Tod 2,076

Bestand am Schluß des ersten Jahres . . . 67,138
Nach dieser Rechnung sollten am Schluß des Jahres 1894 mindestens 191,000 Personen zum Bezug der Invalidenrente berechtigt sein. Statt dessen erhielten aber nur 71,755 Personen Invalidenrente, also rund 119,000 weniger, als man bei der Berechnung angenommen hatte. Die Annahme ging dahin, daß die Arbeiter in viel lebens-dürftigerem Alter Invalidenrente erhalten und deshalb von 1000 Rentnern jährlich 61 sterben würden. Der Zugang war erheblich geringer als man erwartete und statt 61 starben jährlich 217 von je 1000 Rentnern. In den Motiven war angenommen, daß die Ueberschüsse von Jahr zu Jahr geringer werden, so daß nach Eintritt des Beherrschungszustandes Ein-nahme und Ausgabe sich decken. Diese Annahme ist gerade durch die falsche Wahrscheinlichkeitsrechnung der zu er-wartenden Invaliden über den Haufen geworfen worden. Hier hätte gründlich Nachdenklichkeit geübt werden müssen; aber im Interesse des Fiskus liegt es, große Fonds anzufammeln und deshalb ist der Geheimrath zu-frieden, wenn jedes Jahrzehnt eine Milliarde in die Fonds bringt.

Abgeändert wird nur die Wartezeit. Während nach dem bestehenden Gesetz die Invalidenrente nach 5 Bei-tragsjahren = 235 Wochen und die Altersrente nach 30 Jahren = 1410 Beitragswochen erlangt wird, sollen in Zukunft für die Invalidenrente 220 und für die Altersrente 1200 Beitragswochen ausreichen. An Stelle der bisherigen vier Lohnklassen sollen fünf Klassen treten, wovon die fünfte Klasse für Arbeiter mit einer Jahreseinnahme von mehr als 1150 Mark.

Bei der Rentenberechnung sollen die Renten der untersten Klasse etwas erhöht werden. Während sich jetzt die Rente für diese Klasse für jede Beitragswoche um zwei Pfennig erhöht, soll sie nach dem Entwurf um drei Pfennig pro Bei-tragswoche anwachsen.

Die Armenkassen sollen nach dem Entwurf be-rechtigt sein, nur die Hälfte der Rente für ge-leistete Armenunterstützung einzuziehen. Der Entwurf macht aber nicht den Versuch, Unternehmer zu hindern, den Rentnern die ganze Rente abzuziehen. Hier sind ja die „Musterbetriebe“ des Reiches und des Staates mit einem „leuchtenden“ Beispiel vorangegangen. Sobald ein Arbeiter 70 Jahre alt wird und Altersrente er-hält, dann entziehen die Betriebsleiter der Eisenbahnen und der Werften plötzlich, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters soweit zurückgegangen ist, um ihn in eine niedrigere Lohn-klasse zu versetzen. Obwohl nun der Arbeiter Rente bezieht, ist er finanziell genau so gestellt, wie er es ohne den Rentenbezug auch war. In der Erlangung dieses Profits stehen die Junker nicht hinter dem Reiche und dem Staate zurück.

In der Voraussetzung, daß die Altersrente die Haupt-sache bleiben soll und wird, ist man zu der Einsicht ge-kommen, daß die Versicherungsanstalten mit fast nur ver-

Die Rückkehr von Mekka.

Silber aus dem orientalischen Volksleben von Fritz Kunert.
Nachdem verlesen.
11) Während Schansa sich in den Dajaren orientirte, ver-trante Ibrahim sich einem arabischen Friseur an, der sein ehrsüchtiges Haupt flink einseifte und dann mit unerhörter Geschicklichkeit das Haupthaar wegrastrierte. Als der Mann mit der Ausübung seiner Kunst fertig war, hielt er seinem Kunden einen Spiegel vor und sagte: „Möge es angenehmer belommen!“ Ibrahim erwiderte mechanisch: „Ich danke Dir. Möge Gott Deine Angelegenheiten zum Guten führen.“ Nachdem dann Schansa und Ibrahim Bekleidungs-gegenstände, Lebensmittel und viele andere nützliche Dinge eingekauft hatten, begaben sie sich mit zwei großen Packeten auf den Heimweg nach der Fellahütte. Ali kam ihnen ein Stück des Weges entgegengehüpft; sein Falkenauge hatte die Kommenden schon aus weither Ferne entdeckt. Schansa ließ das Paket fallen und zog das Kind angetrieben an ihr Herz. Im Schatten der alten Akazie wurden dann alle Kinder herausgeholt; jedes erhielt ein langes blaues Hemdchen, das der Landestracht entsprach; den Mädchen wurden Perlen-schnürchen um Hals und Arme gelegt, während den Knaben schöne rote Hosen mit blauen Quasten aufgesetzt wurden; Ali aber bekam noch ein Paar gelbe Leberstrümpfchen und hell-branne Schuhe. Nachdem sie sich etwas an die neue Herrlichkeit ge-wöhnt hatten, war die Freude und der Stolz, solchen Besitz nach jahrelanger Costümlosigkeit zu haben, ganz unbeschreib-lich groß. Den Großvater aber, der sie so beglückt hatte, betrachteten sie fortan als ein Wesen höherer Art. Erst

nach und nach stellte sich wieder die alte Vertraulichkeit des vorhergehenden Tages ein.

Als Abulfarabi in der Mittagzeit zurück kam, kannte er seine eigenen Kinder kaum wieder, aber seine Freude war darum nicht geringer als die der anderen, obgleich er die Befürchtung aussprach, die kleinen Knaben könnten verwöhnt und verzärtelt werden.

Im Laufe des Nachmittags zahlte Schansa in Damanshur-Schubra die zehrende Steuersumme ein. Ibrahim hatte ihr das Geld gegeben, damit weiteren Scherereien ver-gewahrt sei.

Der Ortsvorsteher, ein fellahischer Emporkömmling, aber sagte: „Schansa, Du bist eine brave Frau. Warum be-müßt Du Dich? Es eilte nicht so sehr. Denn . . . wenn . . .“

Er unterbrach sich in einiger Verwirrung, denn Schansas ganzer Körper erbehte heftig, und sie warf ihm einen wild-liddlichen Hasses zu; allein kein Wort kam über ihre Lippen, während sie vor ihm stand und ihm langsam den Rücken zukehrte.

Als die Thür sich geschlossen hatte, rannte er ein Weibchen vor sich hin, dann sagte er laut zu seinem Schreiber: „So sind diese Weiber; als ob etwas Besonderes geschehen wäre. Kommt dergleichen nicht alle Tage bei uns vor? Geh?“

Der Schreiber beklagte sich, dies ehrsüchtiger zu be-jahren, obgleich er augenscheinlich nicht wußte, wovon eigent-lich die Rede war.

Der Vorsteher aber sagte noch hinzu: „Freilich, es sind fleißige Leute, musterhafte Menschen; sie haben stets pünkt-lich gezahlt; man hätte sich daran erinnern sollen. Es war

ein wenig eilig. Nun, wir wollen ihm um Gottes Willen die Prügel für ein nächstes Mal gutschreiben.“

Er hielt darauf, als ein gerechter Mensch und Beamter zu gelten; nun war er für diesen Fall mit sich zufrieden und ganz im Reinen.

Am Abend sprach noch Schansa mit Abulfarabi über Ali. Als die Unterredung beendet war, trat Abulfarabi zu Ibrahim und sagte bewegt: „Ich danke Dir; wir nehmen Beide Deinen Rath und Vorschlag wegen des Ali an. Es bleibt dabei, bei meinem Haupte. Möge Allah — er weiß, was uns dieser Entschluß kostet — Alles für unseren Ali zum Besten wenden!“

Ibrahim brückte ihm die Hand und versprach, noch mehrere Tage zu verweilen.

Zu einiger Entfremdung von der Hütte besand sich ein Abulfarabi gehörender Stall aus Ackerde; derselbe war leer, weil sein Besitzer die Hegen und seine Zugthiere verkauft hatte, um den Charag für den vorletzten Monat aufzu-bringen und ein nothwendig gewordenes, drückendes Darlehen zurückzuzahlen.

Ibrahim bestimmte ihn unter Anwendung seiner ganzen Bereitsamkeit dazu, den Stall in guten Stand zu setzen und mit ihm am nächsten Morgen einen Büffel und eine Ziege, zwei Prachtexemplare in ihrer Art, zu erwerben. Der Tag der Bestimmung der Thiere wurde zu einem wahren Freuden-feste für die ganze Familie.

Ibrahim lehnte beschelben allen Dank ab, indem er sagte, daß ein den Fellahs unbekannter, ebler Mann ihm das Geld für sie übergeben habe, er wünte also keinerlei Dank für sich annehmen. Gleichzeitig erklärte er ihnen, daß er die Kosten für die Ueberfahrt Ali's decken werde; sie sollten nur das von Suleika geschickte Geld für die jurick-

scherten Landarbeitern nicht so schnell Capitallen anzusammeln, wie die Anstalten der Industriebezirke. Zwei Drittel der über hiebig Jahre alten Erwerbsthätigen sind in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Während im Landkreis Oldenburg auf 1000 Einwohner 14,6 Ackercentner kommen, hat der Stadtkreis Altona nur 2,5 und Berlin nur 1,5. So kommt es, daß die Versicherungsanstalten in den Landstädten und anderen Industriebezirken den Anstalten in ländlichen Bezirken im Capitalanhäufen weit überlegen sind. Dieser Uebelstand soll beseitigt werden dadurch, daß die Versicherungsanstalten, in deren Bezirk der Versicherte wohnt, nur ein Viertel der Prämie zahlen, während drei Viertel der Prämie über das ganze Reich vertheilt werden sollen. So will man die Capitalansammlung ausgleichen.

Die Uebergangsbestimmungen sollen einige Verbesserungen erhalten, so daß die Zahl der Altersrentner nicht mehr so zurückgehen kann, wie es bei dem bestehenden Gesetz der Fall ist. Es bleiben aber die kranken Wittwände bestehen. Der ganze Entwurf ist eine Concession an die östlichen Provinzen. Die Altersrenten können leichter herabgesetzt werden, und werden ein wenig erhöht, demzufolge können die Junker die alten Leute etwas billiger haben. Der Charakter des Gesetzes bleibt derselbe, und darum wäre es zu erwägen, ob nicht der Titel geändert werden könnte. Wir würden vorschlagen, das Gesetz in Zukunft wie folgt zu nennen: „Gesetz zur Ansammlung von Capitalien auf Kosten der Arbeiter“.

Politische Rundschau.

— Kein König — keine Krone wird es auch in der nächsten Reichstagsession heißen. Die „Deutsche Tages-Zeitung“, das Organ des Bundes der Landwirthe, erklärt entschieden das Dementis des „Reichs-Anzeigers“ bezüglich der Flottenvermehrungspläne, daß bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage des Mittelstandes, gemeint sind natürlich die Junker, nur das bewilligt werden kann, was unbedingt und unentbehrlich nöthig ist — nicht ein Pfennig mehr. Man mag sich fragen, was diese Krone nicht nehmen, kann auch die Krone rechnen mit dem Sage: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft und nicht große versprechen zu derselben.

— Ueber die angeblichen russisch-deutschen Handelsvertragsconflicte schreibt die „Röhrliche Zeitung“: „An der russischen Grenze ist bekanntlich seit einiger Zeit wegen Grenzfragen, ebenso wie im Norden, Westen und Süden, die Viehpest verheerend worden. Agrarische Kreise haben auf eine völlige Schließung der Grenzen gedrungen und da dieses Verlangen nicht schärf genug von der Regierung zurückgewiesen wurde, schärften russische Kreise an die dauernde Grenzsperrung zu glauben. Unseres Wissens sind die Verhandlungen zwischen der deutschen und russischen Regierung über den Gegenstand noch nicht abgeschlossen. Es liegt deshalb auch kein Grund vor, daß von einer Seite, die mit dem russischen Finanzministerium Fühlung hat, russische Gegenmaßregeln angebrocht werden. Es handelt sich zunächst darum, festzustellen, ob wirklich im russischen Grenzgebiete zur Zeit Thierseuchen herrschen. Die deutsche Regierung nimmt dies zunächst an und sie stützt sich darauf, daß die amtlichen Berichte über den Umfang der Kinderpest, des Milchbrandes u. s. w. noch vor wenigen Wochen hauptsächlich eine Verheerung solcher Gouvernements nachweisen, die an der Viehseuche noch Deutschland betheiligt sind. Die geplante Vermehrung der Thierärzte u. wird wohl die von deutscher Seite geforderten Vorkehrungen in ausreichender Weise zu bieten vermögen.“

— Von durchaus gesunden Autoritätsgesühl! zeigt nach der „Kreuzzeitung“ ein Auftrag der Wiener „Handwerker-Zeitung“, der natürlich auch in das Berliner „Grundeigentum“ überging. Da diese Hand-

agrariemehrheit demnach wohl auch von unseren Grundeigentümern gepreßigt werden wird, verlohnt es sich, etwas Raum dafür zu verwenden, schon um die Denkweise der nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreise“ zu charakterisiren.

Nach einer Einleitung, die sich mit dem „Druck“ von oben, dem Druck des Staates auf das öffentliche und sogar private Leben der Staatsbürger, beschäftigt, wird gesagt über den „Druck von unten“, den Druck der großen Masse auf die Organe der Staatsgewalt.

„Diese Erscheinung ist gradezu bedenklich. War der Druck von oben auch mitunter recht unangenehm, so ist das jetzige ungleiche Verhältnis der Druck von unten nach oben, für den Staat in seiner heutigen Gestalt und für die gesellschaftliche Ordnung desselben höchst gefährlich. Man darf sich daher wohl zunächst fragen, wie diese große Veränderung möglich war. Hauptächlich durch die Presse und durch die demagogischen Versammlungsheger sind die Verhältnisse so gründlich auf den Kopf gestellt worden. Wohlthätig ist des Heuers Macht, wenn sie der Reich begünstigt bewacht“, sagt Schiller, und so ist es auch mit der Presse. Die freie Presse, das Recht der öffentlichen Meinungsäußerung, zählt zu den besten modernen Erziehungsmitteln unter anständigen Leuten, wird aber zum Dolche in der Hand gewissenloser Abenteuerer, und auf diesem Standpunkte stehen wir heute, speciell bei der sogenannten socialdemokratischen Presse. Jeder dahergelaufene Abenteuerer mag sich an, über selbst hochstehende Personen sein unflätiges Geschreibsel hinauszulassen in die Welt, sie zu beschimpfen, zu beleidigen und in den Rath zu jeren. Diese Paraden machen mit Argusaugen über den Handlungen jedes öffentlichen Beamten. Niemand befreit, jeder Vorfall auszunutzen in ihrer Art zur Vergrößerung der Massen. In Gerichtsverhandlungen und anderen Berichten die Autorität der Behörden und amtlichen Einrichtungen verhöhnt und den Uebelthätern gezeigt wie sie es hätten machen sollen, um straflos zu werden, und wie die Wölfe fallen sie über den Beamten her, der etwa so einen Protestanten unflätig angefaßt hat. Dieses Verfahren, welches von dieser Art Presse noch in weitere Kreise, auch in die Versammlungen der Arbeiter getragen wird, wo man Reden anhören kann, als sollte schon morgen die allgemeine Güterverteilung stattfinden, verleiht leider nicht den Eindruck auf die Organe der Staatsgewalt. Sie gerathen in eine Art Zwangslage: Thun sie, was sie für recht und billig halten, so müssen sie der argsten Anklage gewärtig sein und da ein Beamter sich nicht doch auch ein Recht in und es der Mensch nicht allzu viele giebt, die fortgesetzt öffentliche Verabredungen ihres Rufes vertragen, auch wenn sie überzeugt sind, nur nach Recht und Gerechtigkeit zu handeln, so bemühen sie sich ihrer eine gewisse Langsamkeit und sie geben Fortfällen, die ein energisches Einschreiten notwendig machen, nachzulassen, wenn sie socialen Geboten berühren, lieber aus dem Wege. Dadurch schwächt aber den verheerenden Wuth der Massen noch mehr sie setzen sich häufig über Recht und Gesetz hinweg, und vor diesen Thätern heut zu Tage mit Grund oder Polizei drückt wird höchstens ausgelacht. Sie wissen, daß sie auf alle Fälle gewinnen, auch im Falle ihrer Beendigung, welche sie dann mit der Glorie des Märtyrertums umgibt, während der Segner beschämmt wird. Dabei kommt es, daß der Glaube an Recht und Gesetz immer mehr im Schwanden begriffen ist.“

Wir können den Schwanz der handwerklichen und grundeigentümlichen Gesellschaft vertheilen und würdigen. Es ist allerdings schmerzhaft, daß die socialdemokratische Presse die Amtsführung der Beamten überdeckt und so dieselben verunflät, ab und zu einmal dem „erbgeerbten Bürger“ an den Krügen zu geben. Wäre das nicht, so lebte man gewiß viel bequemer!

— Erst das Geschäft, dann das Vergnügen. Das bei Herstellung von Sarragates, sobald sie Contingentartikel der großen Masse sind, ein gutes Geschäft gemacht wird, weiß Herr Mohr aus Bielefeld aus Erfahrung. Die Margarine hat ihn, so schreibt das „Hamburger Echo“, zum reichen Mann gemacht und in den preussischen Landen gebracht. Die Herstellung eines anderen Sarragates soll ihm jetzt weiter helfen und er wird vielleicht den Contingentartikel einbringen. Fernerlich will er eine Raffineriegründung errichten. Nach einer Maßnahme kann er sich bereits in Barmen ansetzen, was für ihn recht viele Unerwartlichkeiten im Geleite gehabt hat und am letzten Sonntag hat er das Geld bezahlt, auf welches seine Wägen für die Fabrikation gehen werden sollen. Im Landwirthschaftlichen Bereich in Bielefeld ist als Landbesitzer abgeordnet ein Beamter über der Baden von Eichorienwurzeln und verpackt der Samen, der er, sobald sie eine

näher bestimmte Fläche Landes mit diesen Wurzeln anbauen, selbst mit einem Kostenaufwand von 120,000 Mark eine Darre errichten werde. Die Landleute gaben jedoch nicht gleich ein Versprechen ab, sondern wählten eine Commission von drei Mann, die in der Umgegend von Magdeburg Erkundigungen einzulegen soll, ob der Anbau von Eichorienwurzeln auch ertragsfähig genug ist. Von der Rede des Herrn Mohr aber sollen die Versammelten so elektrisirt worden sein, daß sie auf dem an die Versammlung sich anschließenden Ball die flottesten Tänzer waren. Herr Mohr verließ's!

— Der „Fall Roke“. Wie die „N. Hamb. Stg.“ erzählt, soll die beschlagene Broschüre „Der Fall Roke“ jetzt unter anderen Namen wieder in Deutschland eingeschmuggelt werden und zwar in grünem Umschlag unter dem Titel „Verschlungene Wege“ und „Zwei Erzählungen von Meta Allenstein“ aus dem Verlag von Scherr u. Co. in Buchs, sowie in blauem Umschlag unter dem Titel „Hohle Lisse, Hofgeschichten“, Verlag von E. Schmidt in Zürich. Von dem Registrations-Präsidenten in Schleswig ist an die Altonaer Polizeibehörde eine Mittheilung gelangt, daß die so gekennzeichneten Hefte für den Buchhandel verboten seien. — Wer den Schund kauft, den mag das dafür weggeworfene Geld gewiss reuen.

Der Kaiser soll übrigens Herrn v. Roke auf dessen Wunsch vom Posten des Hof-Ceremonienmeisters entbunden haben.

— Der Entlassung der Ausländer bei Krupp soll, der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ zufolge, folgender Sachverhalt zu Grunde liegen. In dem Krupp'schen Kanonen-Werkstoff wurde letzthin ein Feldgeschütz konstruirt, daß im Gegensatz zu den früheren Modellen ganz außerordentliche Vortheile des Nordens bot. Anstatt, daß man sonst die Rohre mit zwei Schilbzapfen verließ, bekam das neueste Geschütz nur einen und zwar einen vertical gelagerten. Durch eine sinnreiche Vorrichtung war es möglich, jetzt die Geschützrichtung kreisförmig, ohne die Lafette zu bewegen, zu stellen und das mit großer Schnelligkeit. Von den Zeichnungen zu diesem Geschütz soll nun ein Constructeur (oder mehrere) Abzüge (Lichtpausen) gemacht und diese an die kaiserliche Regierung gesandt haben. So wird allgemein die Angelegenheit dargestellt. In der That ist denn auch der sofort entlassene Constructeur ein Oesterreicher, oder wir müßten uns sehr irren. Von den weiteren Entlassungen sind übrigens nur sehr wenig Arbeiter betroffen. Durchweg sind es technische Beamte, die ihr Bündel schnüren mußten.

— Die Straßburger Bürgermeisterei hat die Wahlen zum Gewerbegericht auf den 20. September, einen Sonntag, angesetzt. Daß man im Reichslande diese französische Einrichtung wieder zu Ehren bringt, ist erfreulich. Wird das Land des Dictator-Paragrafen noch vorbildlich für die anderen Bundesstaaten werden?

Belgien.

Die „junge socialistische Garde“, ein socialistischer Verein, hat beschlossen, am 21. September, dem Tage der Rückkehr der Truppen von den Mandern, eine große antimilitaristische Kundgebung zu veranstalten.

Zu betreff der von Herrn Alfred Darminter gegen belgische Offiziere im Kongogebiet erhobenen Beschuldigungen wegen der von ihnen begangenen Grausamkeit hat Capitän Liebrechts, Generalsecretär des Departements des Innern des Kongostaates, gegenüber einem Berichterstatter des officiellen Brüsseler Journals erklärt, daß Darminter niemals ähnliche Thaten wie die an den Vertreter des Bureau Reuter an die Kongoregierung gemacht habe. Die Offiziere hätten alle ihre Pflicht und hätten ihre Untergebenen vollständig in ihrer Hand. Daß die Offiziere widerspenstige Schwarze versammeln, sei eine „Lüge“. Sobald positive Mittheilungen über Ausschreitungen bestimmter Personen im Kongogebiete gemacht würden, werde sofort eine Untersuchung

blühender Kinder verwenden; dann häßliche er dem Jellah noch fünf Pfund in Gold als Belohnung für früher ans. Glückseligen Dergens blühen Alle in die nächste Zukunft, und den Eltern werde es so leichter, sich an den Göttern zu gewöhnen, ihren Söhnen in den nächsten Tagen wieder zu sehen.

Moharabi aber sagte zu Elgarja: „Sinnel Glückseligkeit in so kurzer Zeit! Ohne das Kommen Deines Ehepaares waren wir für den Uebergang fertig. Wer hätte mir etwas gelüchelt, nachdem ich das Reich verlor hätte? Und wie hätte ich den Aker befehlen können ohne ein Jagdthier? Wir hätten in der Stadt betreten und verkommen müssen.“

„Ich würde es“, erwiderte Elgarja; „da Gott nun mit uns ist, warum sollte das Glück unseres Kinde bei mirer Schwacher nicht lächeln? Ich höre wieder, und wir Beide wollen glücklich sein, wenn der Abschied kommt. Das kann ich hier blühen als die Krone, denn selbst Du nicht ertragen bist? Wir wollen ihn in Frieden und mit Gott gehen lassen.“

Moharabi war unermüdlich und erzielte in dieser Zeit eine kaumvermeintliche Thätigkeit; auch einen hübschen Schuppen, der sich an den Tisch lehnte, hatte er geküßelt und nach seiner Tante zu den alten Adelsbesitzungen einige für den Bedarf von angelegte Städte.

Jahrahn bemerkte das Alles und sagte sich sagen, daß man eine leiblich gesunde Lebenslage die Spannenheit und die Reich der Reichthümer vergrößert, während die Erde wie ein prächtiges Gift auf das Gemüth des Armen einwirkt.

Bücherholt ging er, von Ali begleitet, nach Kama, wo sich orientalische Kunst und von Bild anfertigte, wo keine erstigende Thätigkeit mehr geblüht, sich in die Zeit der

Wägen von 1001 Nacht verlegt zu glauben. Darüber aber die Richter des Hofes in der unglücklichen Perlewarheit und Unwissenheit der arabischen Staatsverfall, die Reichtümer in den Händen angelegter Handwerker, die hauptsächlich von Schwanz kamen, die Reichtümer endlich in dem sich hoffnungslos abwärts bewegenden Bauern, dem die Unwissenlichkeit des Brantirgians den letzten Para anbrachte.

„Eine Kleinigkeit über Abschied, Brantirg und Elgarja in lebhaften Gespräche unter der Klippe; besonders der Jellah war in der wunderbarsten Laune.“

„Gott“, sagte er in seiner etwas langweiligen Sprechweise, „Egypten ist ein Geschenk des All; aber der All segnet nicht nur, er verflucht, vernichtet, vernichtet auch. Es hängt bei uns Alles von dem Wetterstand ab, Alles von der Feuchtigkeit. Steigt das Wetter nur eine Elle zu hoch, so kann die eine Elle nicht mehr, meine Herrlichkeit vernichten, mein Reichthum für Jahre vernichtet werden wie Wasserboden; steigt aber das Wetter nicht hoch genug, fehlen an der richtigen Höhe nur wenige Ellen, so werden wir Dürre und Hungerkrankheit sein.“

Jahrahn blühte von der Dummheit, auf der sie sich besaßen, nachherlich auf den unglücklich beschworenen Strom und sagte: „Ueberkommen der All nicht die Delfischen alle Jahre, und zwar unentbehrlich!“

„Kommung“, antwortete der Jellah, „das Wetter wird nicht mehr in Größe, Größe und Kommen abgeleitet und noch Behalt vertheilt; so wird der Boden geküßelt und ihm die unentbehrliche Menge Feuchtigkeit gegeben.“

Elgarja aber vertheilte sich an Jahrahn und behauptete, daß dieser Egypten nicht mehr als ein Reichthum vergrößern könne; die Jungen die Jellah und Dichter der Jellah war durch die Dummheit gekommen und die Dummheit nicht

oit durch Barken hergestellt werden; denn weite Strecken des beackerten Landes gingen dann ungeheuren Wassins.

„Werden dabei nicht alljährlich die Adergrenzen vergrößert?“ fragte Jahrahn zurück.

Elgarja lächelte und nicht ohne einen ironischen Anflug antwortete er: „Freilich, das kommt oft vor; jedes Jahr bringt neuen Streit; aber das hat sein Gutes. Denn dann kommen die Mächtigen im Lande, die Beamten mit den Grundbesitzern, der Rabi und andere angesehenen und maßgebende Personen, welche den Streit der Armen schlichten, das Ansehen der Obrigkeit stärken und den habgierigen und unersättlichen Jellahs klar machen, daß Grenzveränderungen unflätlich, und daß der Boden und der Besitz dreimal heilig sind. Allein die Jellahs sind unverbesserlich; alle Jahre von neuem der alte Streit, obgleich ihnen die Heiligen selbst Gepligkeit predigen.“

Moharabi lächelte und sagte nur mit den Köpfen.

Jahrahn, der bemüht war, sich ein ausreichendes Bild von der Thätigkeit seines Verwandten zu machen, forschte weiter: „Obst Dein Land zwei oder drei Stuten?“

„Ich ernte dreimal; und da ich auch Baumwollenlande und Ludererde anbaue und den Boden nicht brachliegen lassen kann, so muß ich obendrein für besondere Düngung sorgen. Auf drei launende Stuten kann ich jedoch nur dann rechnen, wenn ich zu allen Jahreszeiten die richtige Bewässerung beschaffe. Daß man dabei nicht viel zu Alchem kommt, wußt Ihr Euch denken.“

„In der That“, erwiderte Jahrahn, „er keinen Landmann der Welt werden so ungeheure Anforderungen gestellt, wie an den Jellah.“

(Fortsetzung folgt.)

eingeleitet. Welche verlogene Lügenbeutelei! Dabei kommt aus Brüssel folgende Nachricht: Mehr belgische Offiziere wurden auf Anordnung des Königs wegen verübter Gräueltaten im Kongogebiet verhaftet.

Spanien.

Das Wasser steigt den gegenwärtigen Herren Spaniens schon an den Hals. Im Lande selbst bereiten sich gefährliche Dinge vor. Der „Bos. Btg.“ wird geschrieben: „Es passiert nichts“, „Alles geht ausgezeichnet im ganzen Lande“ behaupteten gestern die Ministeriellen, als sie wegen des kleinen Putzsches in Bebrava (Provinz Valencia), über die Philippinen und über Cuba befragt wurden. Damit stimmt wenig überein, daß Canovas del Castillo sich entschlossen hat, seine beabsichtigte Erholungsreise aufzugeben und in Madrid zu bleiben, „bis der Aufstand auf den Philippinen“ niedergeschlagen ist; daß der Kriegsminister sich gestern kaum aus dem Ministerium zu entfernen und in seine Privatwohnung zu gehen wagte, daß in Galicien und an der portugiesischen Grenze plötzlich Truppenwechsel in den Garnisonen stattfindet und an verschiedenen Orten größere Truppenmassen zusammengezogen werden; daß das Gleiche in der Provinz Gerona in Katalonien geschieht; daß in Vitoria die Truppen in der Kasernen marschfertig gehalten, daß in die Provinz Valencia aus den Nachbargenden Truppen entsandt werden. Die Regierung leugnet dies alles, behauptet, die kleine Flotte von Bebrava habe nur die Absicht gehabt eine Kunodgebung anlässlich der Absendung von Truppen nach den Philippinen zu veranstalten, und nachdem dies geschehen, hätten die wenigen Unruhbestifter im Walde die Waffen weggeworfen und sich wieder nach Hause begeben. So lautet ja allerdings der Bericht des Statthalters von Valencia an den Minister des Innern: daß die Guardia Civil im Walde 14 Flinten des Systems Miris und 30 Padete Patronen gefunden hat. In den Clubs aber erzählte man letzte Nacht, daß aus Nordvalencia, Katalonien, von der französisch-baskischen und von der portugiesischen Grenze Meldungen eingelaufen sind, welche die Gefahr einer größeren Aufstandsbewegung befürchten ließen. Es ist zweifellos, andere Gerüchte mitzuteilen, die über die türkischen und republikanischen Umtriebe sehr Bedenkliches melden, denn es ist nicht möglich, zur Zeit ihre Vertrauenswürdigkeit zu ermitteln. So viel steht fest, daß die Regierung sehr umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen hat. In Cadix, im Arsenal von Carraca mitgliedern gehören der Stapellast der Fregatte „Princesa de Asturias“ vollständig. Dieses neue Kriegsschiff war 1889 begonnen worden, hatte schon vor Jahren fertig sein sollen — und nun sieht nicht viel, daß gestern das neue stolze Kriegsschiff umkippte, abgesehen davon, daß es nicht das Wasser erreichte. Natürlich bekommt der Marineminister heute aus diesem Anlaß wieder etwas über seine ruhmreiche Verwaltung zu hören, und der „Imparcial“ geht noch aus einem anderen Grunde mit General Beranger scharf ins Gericht. Das Kriegsschiff „Karl V.“ hatte vertragmäßig bereits am 30. April 1894 vom Stapel gehen sollen; man hat der betreffenden Bau-Gesellschaft nicht nur die mehr als eine Million betragenden Strafgebühren erlassen, sondern — man will ihr jetzt noch eine große Prämie zum Zwecke der Beschleunigung der Vollenbung des Schiffes gewähren. Aber: „Es passiert hier nichts“, „Alles geht ausgezeichnet.“

Rußland.

Ein Telegramm aus Rußland meldete vor einigen Tagen die Degradation mehrerer Offiziere und gab als Ursache an, daß sie Exzesse und Acte der Selbsthilfe verübt hätten. Jetzt erfahren wir, worum es sich handelte. Ein Lieutenant des 35. Dragonerregiments, das in Mejsibujie (Podolien) garnisoniert, fing in einer Wirthschaft mit Juden Streit an und wurde, da er sich zu Handgreiflichkeiten hinreißend ließ, nach Verdienst durchgeprügelt; er eilte hierauf wuthschäumend in die Kaserne und forderte seine Kameraden auf, ihn zu rächen; diese ließen sich das nicht zweimal sagen, k und e r t s u n f z i g Dragoner wurden aufgebeten, — regelrecht commandirt! — und das betreffende Wirthshaus nebst einigen anderen Häusern gestürmt, alle Möbel, Fenster, Türen etc. zertrümmert, und fünf Juden getödtet, e i n u n d a w a n z i g verwundet. Für diese Heldenthat ist die Degradation erfolgt. In Rußland scheint der Kriegsminister nicht recht „schneidig“ zu sein, er würde sonst gesagt haben, den Juden, die sich an einen Offizier vergreifen, sei bloß ein „Dentzettel“ gegeben worden.

Man schreibt dem „Vorwärts“ hierzu noch aus D e f s a : „Es wird für Sie nicht uninteressant sein, das Treiben unserer „Ordnungssäulen“ kennen zu lernen. In russischen Zeitungen ist mitgetheilt worden, daß zwölf Offiziere zu gemeinen Soldaten degradirt worden sind. Der Grund davon ist der folgende:

In Mejsibujie (Gouvernement Podolien) trat ein Offizier in ein Wirthshaus ein und verlangte von den Leuten, welche dort herumsaßen, daß sie die Klagen ablegen. Als diese sich weigerten, sein Verlangen zu erfüllen, begann der Offizier sie mit seiner Reitpeitsche zu traktiren, doch wurde er gleich darauf von den Wirthshausbesuchern ausgedrückt und tüchtig durchgehauen. Als der Offizier über diese ihm zugefügte Beleidigung seinen Kameraden Mittheilung machte, nahmen sie 200 Soldaten mit und es begann die Verheerung des Hledens Mejsibujie. Drei Häuser wurden verbrannt, der Müller, welcher der Hauptbeleidiger des Offiziers war, wurde zerlegt, seine Frau aufgebäut; Dragomirov (der Commandant der Armee des Militärstrafes Rion) wollte die Angelegenheit vertuschen, aber der Staatsanwalt brachte sie zur Kenntniß des Ministers.

Die Verhaftungen in Moskau und Petersburg sind Ihnen schon bekannt. Im Süden Rußlands haben auch Verhaftungen statt. Die Gendarmen von Odessa hätten die verhafteten Arbeiter werden geschlagen. So wurde der Ar-

beiter Branzew geschlagen, welchen man auf diese Weise zwingen wollte, falsche Aussagen zu machen.“

Türkei.

Die Insel Kreta, die nach den neuesten Abmachungen eine ziemlich weitgehende Autonomie erhalten soll, wird bereits von Finanzmännern als geeignetes und fruchtbares Ausbeutungsobject in's Auge gefaßt. Ueber englische Finanzpläne wird der „Int. Corr.“ aus Athen geschrieben: Ueberraschend schnell ist man in England mit der Absicht hervorgetreten, Kreta wenigstens wirtschaftlich und finanziell unter englische Vormachtigkeit zu bringen. Auf Kreta hatte man geplant, nach Einrichtung der neuen Verwaltung dem künftigen Landtage den Entwurf zur Begründung einer selbstständigen kretensischen Nationalbank vorzulegen, die den Grundbesitzern der Insel Hypothekendarlehen gewähren und dafür in Europa hypothekarisch sichergestellte Pfandbriefe ausgeben sollte. Da sich die ganze Verwaltung unter den Augen der als Ueberwachungscommission eingesetzten Consuln vollziehen würde, so glaubten die Kreter wohl darauf rechnen zu können, daß man ihnen in Europa einen verhältnismäßig bescheidenen Credit gewähre. Nun aber sucht man von England diesem Plane zuzuzustimmen, indem man der Insel sofort ein größeres Darlehen anbietet, noch ehe die Verwaltung organisiert und die Bankfrage geregelt ist. Wesentlich auf Andrängen des englischen Generalconsuls gaben auch die christlichen Abgeordneten ihre Zustimmung zu dem Vorschlage, dem jetzigen Gouverneur einen Credit von 100,000 Pfund zur Unterstützung der durch den Aufstand Geschädigten zu bewilligen. Aber schon jetzt erfährt man, daß dieses Geld durch eine englische Bank beschafft werden soll, die in Ranea eine Filiale errichten und damit von vornherein die gesamten kretensischen Finanzen in ihre Hand bringen will. Die Schaffung eines selbstständigen kretensischen Finanzinstituts oder die Anbahnung anderer europäischer Finanzkreise an der wirtschaftlichen Erschließung Kretes wird dann natürlich unmöglich sein.

Die alte Geschichte: Der unbeschränkten Ausbeutung durch den türkischen Despotismus wird unter großen Opfern ein Ende gemacht, und sofort fällt die „Finanz“ über das unglückliche Land her. Die Frage ist nur, ob die englischen Capitalisten alle in von der Deute zehren dürfen, oder ob die anderen Geier auch etwas erwischen werden.

Nachdem auf Kreta der Zustand, wenigstens vorläufig, zu Ende ist, sind die Offiziere und Unteroffiziere der griechischen Armee, die neulich desertirten, um sich den kretensischen Aufständischen anzuschließen, nach Athen zurückgekehrt. Sie meldeten sich sofort bei den militärischen Behörden und wurden in Haft genommen. „Lebensurtheile, die über 16 von ihnen verhängt worden sind, sind unterzeichnet worden und sollen in dem Fort Palamidi in Nauplia vollstreckt werden“, melden die officiösen Nachrichten. Indessen wird es selbstverständlich dazu nicht kommen, da die griechische Regierung, auch wenn sie es wollte, nicht wagen darf, sich mit den Anschauungen des gesammten Volkes in Widerspruch zu setzen.

Partei-Angelegenheiten.

Bei den Landtagswahlen in Gotha hat im ersten Wahlbezirk (Stadt Gotha I) die Socialdemokratie gesiegt. Sie vereinte auf ihre Liste 191 Stimmen gegen 153 der Freisinnigen Volkspartei, 68 des Nationalen Landesvereins und 24 der Freisinnigen Vereinigung. Für diesen Bezirk ist der Reichstagsabgeordnete Genosse Dod als Landtagsabgeordneter bestimmt. Er hat dem Landtag auch vorher angehört. Welch ein Schmerz für die bürgerlichen Parteien! Die „Magdeburger Zeitung“ jammert: „Die drei anderen Wahlbezirke der Stadt Gotha müssen hiernach nicht nur als bedroht, sondern ebenfalls als verloren bezeichnet werden.“

Arbeiterbewegung.

Aus Hamburg berichtet der „Berliner Local-Anzeiger“ Um dem drohenden internationalen Streik der Seelente und Hafenarbeiter rechtzeitig entgegenzutreten, haben sich die Hamburger Arbeiter mit der Shipping Federation Großbritanniens vereinigt.

Der Dachdeckerstreik in Wiesbaden ist, wie die Frankfurter Volksstimme“ mittheilt, beigelegt. Unter welchen Bedingungen, ist noch nicht bekannt.

Die Metallarbeiter Württembergs halten am 20. September im Gasthaus „zum Hirsch“ in Stuttgart eine Landesconferenz ab, welche von den Stuttgarter Verwaltungsstellen des Metallarbeiter-Verbandes einberufen ist.

In Wien ist der Streik der Eisengießer der Firma Demeter Hauer in Folge der Vermittelung des Gewerbe-Inspectors beigelegt. Der Fabrikant hat die verlangte Einführung der Lohnbücher zugestanden.

In der Schuhfabrik von Wörsenstein streikten von 4—500 Arbeitern die Hälfte, weil der Fabrikant sich geweigert hatte, einen Minimallohn einzuführen. Die Arbeiter stellten dann noch einige andere Forderungen. Bis auf drei unbedeutende haben sie alle Forderungen durchgesetzt, und zwar ebenfalls unter Vermittelung des Gewerbe-Inspectors. Unter Anderem wurde vereinbart, daß keiner der jetzigen Vertrauensmänner der Arbeiter innerhalb sechs Monaten entlassen werden darf, daß die Verhandlungen schriftlich gemacht und von beiden Parteien, sowie vom Ober-Gewerbe-Inspector Kulla festgestellt werden, und daß der Lohn tarif in der Fabrik deutlich ersichtlich angebracht wird.

Der Posamentierers-Streik steht auch sehr günstig. Eine Reihe Firmen haben wieder bewilligt.

Aus England. Die Forderungen der Dod- und Hafenarbeiter sind: 8 Pence die Stunde während der gewöhnlichen Arbeitszeit, 1 Schilling die Stunde für Ueberarbeit für Dodarbeiter im Londoner Hafen. Kornarbeiter sollen den zur Zeit im Victoria-Dock geltenden Lohn erhalten, nämlich 35 sh für 100 Quarter. Kornarbeiter 1 sh die Stunde während der gewöhnlichen Arbeitszeit und 1 sh 6 d die Stunde für Ueberzeit. Arbeiter, die während der Wahlzeitpause arbeiten, sollen doppelten Lohn bekommen. Solche, die nach 10 Uhr Abends arbeiten, sollen für eine zweite Wahlzeit Vergütung erhalten, und solche, die nach zwei Uhr Morgens arbeiten, für eine dritte. Jedem angestellten Arbeiter muß wenigstens Lohn für einen halben Tag oder eine halbe Nacht ausbezahlt werden. Ein Theil der Dodarbeiter erhält jetzt schon 8 d die Stunde während der gewöhnlichen Arbeitszeit und 1 sh für Ueberzeit.

Die Dodarbeiter in Limerick in Irland feiern, weil in dem Dock arbeitende Maschinen eingeführt worden sind. Die Unruhigen marschirten nach dem Arbeitshause und verlangten Aufnahme. 200 wurden auch aufgenommen.

Gerichtliches.

Ein biffiger Schachmann hatte sich, wie die „Frankfurter Btg.“ meldet, in Mannheim wegen Körperverletzung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Als der Zimmermann Heinrich Köhler am 20. v. M. Heimging, wurde er in der Medardorstraße von einem Manne angefallen und mit Stockschlägen mißhandelt. Er ergriff die Flucht, wurde aber von dem anscheinend betrunkenen Manne eingeholt und niedergeworfen, worauf ihm die Unterlippe und der Daumen der linken Hand fast völlig durchgebissen wurde. Die Wunde mußte an drei Stellen vernäht werden. Als der Verletzte wurde der Schutzmann Carl Wittmann ermittelt, der einen dienstfreien Tag benutzte, um sich einen Kausch anzufragen. Er kam mit der unverhältnismäßig geringen Strafe von 10 Mark an Geld davon.

Dreihundert Mark Besoldung sind nach einer Bekanntmachung des Ersten Staatsanwalts am königlichen Landgericht zu Elbing für Ermittlung des Täters, welcher den am 23. August bei Groß-Mausdorf erfolgten Raubmord an einem unbekanntem Manne verübt hat, von dem Regierungs-Präsidenten zu Danzig ausgeföhrt worden. Der Mord ist Sonntag den 23. August, Abends gegen 9 Uhr, verübt. Verdächtig ist ein unbekannter Mann, welchem der Verstorbenen kurz vorher das Dorf Groß-Mausdorf passiert hatte. Der Täter soll einen dunklen Anzug angehabt haben. Vielleicht führt der in den Kleiderbündeln am Thortor zurückgelassene Brief, welcher von einer Antonie Krzyminski herrührt, auf seine Spur. Es ist ermittelt, daß eine Antonie Krzyminski oder Krzyminski mit einem gewissen Johann Wotowski, vermutlich beide aus Ruffisch-Polen, in diesem Jahre in Barnau (Kreis Marienburg) in Arbeit gestanden haben und im Herbst dorthin haben zurückkehren wollen.

Die Hähne in Niederösterreich dürfen wieder krähen. Unsere Leser erinnern sich der Mittheilung, daß ein Niederösterreichischer Einwohner polizeilich bestraft worden war, weil seine Hühner durch ungebührliches Krähen die nächtliche Ruhe gestört haben sollten. Der mit dem Strafmandat bedachte Herr Köhler vermochte nicht recht zu glauben, daß auch der Morgengruß seiner geliebten Schaar dem Polizeicommissar unterstehe und er stellte Antrag auf richterliche Entscheidung. Vor Amtsrichter Bodwitz in Droschendorf wurde die hochnothwendige Sache verhandelt; es wurde ein freisprechendes Urtheil gefällt. In den Erkenntnisgründen heißt es, Köhler habe Alles gethan, um die Hühner abzuwehren, so daß Niemand gekört würde; außer einem Herrn Wehrhahn habe sich auch Niemand beunruhigt geföhlt. Das Schreiben der Hühner und der krähen die Hahn seien außer dem ein charakteristisches Merkmal des Landlebens; auch sei früh 1/8 Uhr (zu dieser Zeit war das ruhende Krähen zu hören) auf dem Lande die Nacht zu Ende. Wer länger schlafen will, soll nicht auf dem Lande wohnen. Zu alledem sei aber auch zu berücksichtigen, daß in der Polizeiverfügung von krähen den Hühnern die Rede sei, krähen die Hühner kenne man jedoch bei Gericht gar nicht. Wir gratuliren den Niederösterreichischen Hähnen und Hühnern zu der Freiheit, die sie auch jeraer genießen sollen. Mögen sie sich aber nicht bekommen lassen, die unterlegene Polizei höflich anzukrähen und anzugedern, sonst wird ein Straf Antrag wegen Beleidigung folgen.

Kleine Rundschau.

In Syretten wurde Sonntag Abend gegen 9 1/2 Uhr am nordwestlichen Himmel ein intensiv grün leuchtendes, etwa die Größe einer Vollmondfläche besitzendes kugelförmiges Meteorit wahr genommen, das sich vom Zenith langsam nach dem Horizonte zu bewegte. Die Erscheinung währte etwa 4 bis 5 Sekunden.

Kiel, 15. September. Zum Ubergang des Kanonenbootes „Jitka“ erzählt die „Nordseezeitung“: Zwölf Geleitete sind auf dem Panzerdampfer „Kaiser“, der Bahnhofszug auf dem Kreuzer „Arcona“ eingeschiff. 19 Leichen wurden aufgeführt und gemeinsam auf dem Kirchhof neben dem Promontorium-Leuchthurm beigelegt. Von den Offizieren wurde keiner aufgefunden.

Auf dem Rheine bei Germersheim kenterte ein Kahn, in dem sich ein Unteroffizier und ein Gefreiter vom Train mit ihren Bräutern befanden. Der Offizier und seine Braut wurden gerettet. Der Gefreite und seine Braut sind ertrunken.

Der Personenzug Odenwald stieß nach dem „S. Z.“ auf einen Zug der Schlafwagengesellschaft. Die Wägen zertrümmerte einen Salonwagen. Mehrere Bahnbeamte wurden verletzt.

Welfenfelds, 14. September. Tod durch Schred. Einen betäubenden Auszug hatte, so wird der „Saalezeitung“ geschrieben, ein in der Sonnabendnacht ausgebrochener Stubenbrand in der Behausung des Kaufmanns H. Wendebohn. Die Frau desselben lag schwer krank darnieder, als durch irgend einen Unfall die Nachtlampe umfiel, so daß eine Gardine Feuer faßte und sich die Flammen dem Bettchen des in derselben Kammer schlafenden Kindes mittheilten. Die Frau erhob sich von ihrem Krankenlager und eilte unter Aufbietung aller Kräfte zum Bettchen ihres Lieblings, um ihn vor Schaden zu bewahren. Die gewaltige Aufregung hatte leider den Tod der jungen Frau zur Folge. Der Mann wollte zur Zeit des Unglücks in geschäftlichen Angelegenheiten in Berlin.

Ein incommensurables Duell auf offener Straße hat am Montag in Jägersberg in Ungarn stattgefunden. Dort griff auf offenkundige Plage der Justizoffizier Oswald den Advolaten Gfögnal mit dem blanken Säbel an. Der Advokat zog den Revolver und schoß den Offizier nieder, der sofort eine Leiche war. Duellverweigerung wird als Ursache des Recidives angegeben.

Brög, 14. September. Von den Erbsenkrügen in Brög. Infolge heut eingetretener Regenwetters hat sich die Lage wieder verschlimmert. Das Wasser ist im Steigen begriffen und die „Fischleute“ denken über die Lage sehr pessimistisch. Das sind dieselben „Fischleute“, die aus garter Rücksicht auf die Brüder „Grubenmillionäre“ nichts Grünstigkes gethan aber vorge schlagen haben.

Wilsa (Ruffisch-Polen), 14. September. Eine schlimme Bootfahrt. Gutsbeamte unternahmen mit ihren Familien eine Bootparthie auf dem Lojstsee. Das Boot kenterte. Acht Personen, darunter fünf Frauen, ertranken.

Vermischtes.

Statt im Munde von Österreichern und Deutschen. „Das Pferd ist mir näher als der Hock“, meinte die schaumgeborene Venus. — „Jetzt giebt mir einen Menschen, gute Beschäftigung!“ brüllte der hungernde Riese Polyphean. — „Alles ist eitel!“ rief, sich im Wasser-Spiegel betrachtend, Narcis. — „Nun sei bedankt, mein lieber Schwann“, sang die Veba. — „Arbeit macht das Leben süß!“ tadelt sich der arme Silpphus. — „Bon des Lebens Gütern allen, ist der Ruhm das Höchste doch“, declamirte stolz Perostrotos. — „Nun ist in der kleinsten Hütte“, sprach Diogenes und trach in seine Tonne. — „Der Tod macht Alles gleich“, irrte sich der Pask, als er statt eines Hohen einen Regenstrahl sah. — „Alles in der Welt läßt sich ertragen. Nur nicht eine Reibe von „Wunden Tagen“, meinte der Regenschirmfabrikant. — „Das bessere Theil der Tapferkeit ist Vorsicht“, meinte der Pantoffelheld und zog, er vom Wirthshaus hat noch Hause kam, auf der Treppe die Stiefel aus. — „Das Wasser ist das Beste“, verachtete der Wirth und goß Wasser ins Feinsch. — „Fluchtartig Schicksal des Soldaten!“ jammerte die Adäta, als ihr Schatz nach Vermuthung verlohrt wurde. — „Geben ist seliger denn Nehmen“, dachte Jörg und gab dem Hans eine Ohrfeige. — „Und sie bewegt sich doch“, dachte im Schmeiche seines Angefichts der Meuterman beim Tanze mit der biden Commandante. — „Ein jeder Wechsel spricht den Wächter“, botierte der Wirth der Stublo, da ihm ein Accept polizeilich wurde.

Mittwoch, den 16. September 1896.

Locale Rundschau.

Breslau, den 16. September 1896.

Russisches aus Oberschlesien.

In Oberschlesien, dem besetzten Lande der Schlot- und Grubenbarone, dem Elborado der Actionäre und Döwidenen, ist es mit der durch das Gesetz garantierten persönlichen Freiheit schlecht bestellt. Mit allen Mitteln arbeitet der Capitalismus, um den Arbeitern ihr Coalitionsrecht zu schmälern und die dortige Polizei unterstützt sie in diesem Bestreben redlich. In Weutben befindet sich der von der General-Commission der Gewerkschaften Deutschlands als Vertreter angestellte Genosse **Tusler**, der die geschäftlichen Angelegenheiten der Gewerkschaften zu führen hat. Dieser wird von der Polizei mit Argusaugen beobachtet, gilt er doch als Aufseher, als socialistischer Agitator! Nun hat die genannte Commission ein Flugblatt herausgegeben, welches sich an die arbeitende Bevölkerung Oberschlesiens richtet und in welchem sie auf gefordert wird, sich den Organisationen anzuschließen. Dieses Flugblatt, wie auch die einzelnen Gewerkschaftsblätter hat **Tusler** unter den Arbeitern zu verteilen. Nun geschieht dies in folgender Weise: Jeder, der Absicht eines Gewerkschaftsblattes ist, holt sich im Bureau des **T.** dasselbe ab, er bringt an die Mitglieder der Gewerkschaften das bezeichnete Flugblatt zur Weiterverbreitung an die Kollegen auf diese Weise zur Verteilung. Das wird nun von der Polizei auf jede Weise verhindert, indem sich Beamte vor dem Hause **T.** aufstellen und Alle, die herauskommen, revidieren. Findet sie Flugblätter bei ihnen, werden dieselben einfach weggenommen. Am Sonnabend wurden ein **Töpfer** und ein **Tischler** angehalten, nach der Polizeiwache transportiert und ihnen dort 11 Exemplare des „**Töpfer**“ und zwei des „**Grubstein**“, confisciert. Genosse **Tusler** passierte es sogar, daß er am Sonntag vor acht Tagen von dem Criminalcommissar **Seibel** und dem Polizeiwachmann **Surowicz** angehalten und aufgefordert wurde, die in seinem Besitz befindlichen Schriften herzugeben. **T.** weigerte sich selbstverständlich, worauf sie ihm der **Polizei Surowicz** gewaltsam entriß.

Alle Beschwerden, die von Seiten **Tusler's** über die das Gesetz verletzenden Polizeibeamten beim Oberbürgermeister, Herrn **Dr. Bräuning** erhoben wurden, waren bis jetzt erfolglos, ja sind nicht einmal beantwortet worden.

Es wäre hier dringend geboten, daß die Regierung diesem eigenmächtigen Vorgehen ihrer Beamten ein Ende bereite, ja dieselben exemplarisch bestrafe, damit dergleichen unerhörte Vorgänge sich nicht wiederholen. Hier, wo es sich nur darum handelt, Arbeiter den Fachorganisationen zuzuführen, eine Agitation, die gesetzlich erlaubt ist, setzt man alle Hebel in Bewegung, um dies unmöglich zu machen.

Nun, es wird auch für die ober-schlesischen Bourgeois die Zeit kommen, wo sie einsehen werden, daß sich der Freiheitsdrang der Lohnsklaven nicht mit Polizeigewalt unterdrücken läßt, daß die arbeitende Bevölkerung von ihrem Coalitionsrecht trotz aller Schikanen Gebrauch machen wird, um bessere Lohn- und Lebensbedingungen herbeizuführen. Wir leben wohl in der Nähe Rußlands, aber nicht im Lande der brutalen Vergewaltigung selbst und wenn sich auch Manche die Zustände des heiligen Moskowiterreiches zum Muster nehmen, so ist das deutsche Volk nicht gewillt, sich so behandeln zu lassen.

Vorkünftig können wir nur die Regierung auffordern die hier geschilderten Mißgriffe eingehend zu untersuchen und Remedur zu schaffen.

Arbeitgeber und Gesetz.

Unter dieser Epithete brachten wir in Nummer 214 der „Volkswacht“ einen Leitartikel, der sich mit dem Verbandsstatut der **Schörlitzer Töpferinnung** beschäftigte. Wir erwähnten darin, daß auf die zweite Anzeige, betreffend die Berufserklärung durch das Inserat der Meister in der „**Thonwaren-Industrie**“ bis jetzt noch keine Antwort erfolgt sei.

Nach einer uns heut gewordenen Mitteilung wird nun langsam der Apparat der Gesetzesmaschine in Bewegung gesetzt, denn der **Töpfer Gramsdorf** ist, nachdem ungefähr 14 Tage seit jener Anzeige verstrichen sind, gestern auf das **Schörlitzer Polizeipräsidium** beordert worden, um den Namen des Vorstandes des Töpferverbandes anzugeben, trotz dem derselbe auf der schwarzen Liste, welche sich im Besitz der Staatsanwaltschaft befindet, unterzeichnet ist. Ferner mußte **Gramsdorf** den Gesetzesparagrafen angeben, welcher anwendbar wäre, um gegen die Herren **Töpfermeister** vorzugehen!

Es hält doch furchtbar schwer, die Gesetzesübertretung ansatzig zu machen und Polizei und Staatsanwaltschaft muß sich erst von einem einfachen Töpfergesellen den Paragrafen gelassen lassen, auf Grund dessen Anklage erhoben werden soll. War das wirklich notwendig? In dem in der Anzeige bereits auf den § 153 der Gewerbeordnung hingewiesen worden, so daß diese Vernehmung wohl vollständig überflüssig erscheint. Gewissant darf man sein, zu welcher Ansicht die Anklagebehörde über das gesagte Stauungselangen wird, das Genossenschafts zur Einführung dringend empfohlen hat. Wir waren bis jetzt nur die größte Schnelligkeit und Präzision Seitens der Behörden gewöhnt. Kann es galt, auf Grund der §§ 360 11 des R.-St.-G.-B. und 153 der Gewerbeordnung gegen Arbeiter vorzugehen, und wir nehmen daher an, daß diese Geschwindigkeit, Anklagen zu erheben, sich auch auf die das Gesetz verletzenden Arbeitgeber erstrecken dürfte.

Kunstgewerbemuseum. Im Anschluß an unseren gestrigen Bericht über die Stadtverordneten-Versammlung theilen wir den Wortlaut des Beschlusses mit, den der Magistrat in Sachen des Kunstgewerbemuseums gefaßt hat:

1. Die Zumendung des Herrn Stadthaltes von Korn im Betrage von 500,000 Mark unter den in dem Schreiben vom 20. August 1896 gestellten Bedingungen mit Dank anzunehmen und dem zu Folge insbesondere
 2. das alte Ständehaus von der Provinz für 550,000 Mark anzukaufen;
 3. darin ein Kunstgewerbe-Museum zu errichten und als städtische Anstalt zu verwalten;
 4. ferner auch das Museum Schlesienscher Alterthümer von der Provinz zu übernehmen und fortan in dem Gebäude zu 2 als städtische Anstalt zu verwalten
- unter der Bedingung jedoch, daß
- a) das alte Ständehaus von der Provinz für 550,000 Mark verkauft wird;
 - b) daß die Provinz weiter 50,000 Mark einmalig hergibt, eb. durch Ermäßigung des Kaufpreises zu a);
 - c) daß der Schlesienscher Central-Gewerbe-Verein 100,000 Mark zur erstmaligen Einrichtung und weiteren Verwaltung des Gewerbe-Museums hergibt;
 - d) daß der Verein für das Museum Schlesienscher Alterthümer den Uebergang dieses Museums in das Eigentum und in die Verwaltung der Stadt Breslau nach Maßgabe des zwischen dem Vereine und der Provinz bestehenden Vertrags-Verhältnisses genehmigt und insbesondere die ihm von Staat, Provinz und Stadt zustehenden Unterstützungen fortan dem städtischen Museum zuwendet;
 - e) und daß die bisher von der Provinz und vom Staate dem Vereine für das Museum Schlesienscher Alterthümer und der Provinz für das Museum Schlesienscher Alterthümer und der Provinz in Höhe von circa 14,000 Mark und vom Staate in Höhe von 1000 Mark der Stadt als Zuschüsse zur Museums-Verwaltung zufließen und
 - f) daß ferner eine angemessene Erhöhung dieser Zuschüsse — und zwar von der Provinz mit Rücksicht auf die unvermeidlich wachsenden Kosten der Verwaltung, welche ihr die Stadt abnimmt, und vom Staate mit Rücksicht auf die bedeutenden Kosten, welche der Stadt durch die Verwaltung des Gewerbe-Museums entstehen, und auf die Bedeutung dieser Anstalt für das Kunstgewerbe der ganzen Provinz — statfinde.

Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, Donnerstag, den 17. September cr., fällt aus.

Petition an den Reichstag. Der „**Bund deutscher Frauenvereine**“ faßte gegenwärtig unterstufen zu folgender Petition an den Reichstag:

„**Hocher Reichstag!** Das neue bürgerliche Gesetzbuch versagt der Ehefrau im Widerstreit mit der ganzen sozialen Entwicklung der letzten Jahrzehnte die wirtschaftliche Selbstständigkeit und die Stellung der Familie, welche ihr in einem modernen Kulturstaate zukommt. Es versagt ihr nach dem gesetzlichen Güterrecht die Verwaltung und Nutzung ihres eingebrachten Vermögens und stellt sie dadurch nach dieser Richtung den Unmündigen gleich. Es verweigert der Mutter den vollen Antheil an der elterlichen Gewalt und einen auch durch das Gesetz anerkannten, von der Sitte bereits begründeten Einfluß auf das Schicksal ihrer Kinder, welchen sie so gut wie der Vater beanspruchen kann. Es versagt den unehelichen Kindern dem Vater gegenüber diejenige rechtliche Stellung, welche Menschlichkeit und Gerechtigkeit fordern. Wir bitten demnach einen hohen Reichstag, das Familienrecht des bürgerlichen Gesetzbuches einer Revision zu unterziehen und insbesondere a) als gesetzliches eheliches Güterrecht die Gütertrennung einzuführen, b) die elterliche Gewalt der Mutter nicht nach, sondern in Gemeinschaft mit derjenigen des Vaters wirken zu lassen, c) der Mutter eines unehelichen Kindes die elterliche Gewalt über dasselbe zu gewähren unter eventueller Zuordnung eines Beistandes und die Ansprüche eines unehelichen Kindes seinem Vater gegenüber gerechter zu normieren.“

Die Petition hat wenig Zweck, da es ausgeschlossen ist, daß der Reichstag sich mit der Materie in absehbarer Zeit nochmals beschäftigen wird.

Die Abtheilung Breslau deutscher Gesellschaft für ethische Cultur nimmt demnach nach mehrmonatlicher Unterbrechung ihre Arbeiten wieder auf. Außer den allmonatlich stattfindenden öffentlichen Vorträgen, für welche an auswärtigen Rednern u. A. die Herren **Dr. Förster**, **Berlin**, **Herausgeber der „Ethischen Cultur“**, **Dr. Kurella** und **Dr. Doormann**-Brieg gewonnen sind, sollen nunmehr auch die wiederholt in Aussicht genommenen Lehrkurse über juristische, medicinische, pädagogische Stoffe planmäßig veranstaltet und alle Erscheinungen auf ethisch-literarischem Gebiete zur Kenntniß der Mitglieder gebracht werden. Auch soll, wenn irgend thunlich, die Sonntags-Vesehalle wiederbelebt, und soll nun endlich der Pflege der Geselligkeit ein breiterer Raum als bisher gewährt werden. So hofft die Abtheilung zu ihrem Theil den Aufgaben gerecht zu werden, welche sich die Gesellschaft in ihren Satzungen gestellt hat. Anmeldungen neuer Mitglieder nimmt der Vorsitzende Herr **Rechtsanwalt Marcuse**, **Hummerlei 1**, jeder Zeit gern entgegen.

Stadt-Theater. Heute, Mittwoch, debütiert **Kammersänger Oberländer** als **Lohengrin** in **Richard Wagners** gleichnamiger Oper. Die übrige Besetzung der Rollen ist folgende: **Clia**, **Fräulein Kramer**; **Ortrud**, **Fräulein Weiner**; **König**, **Herr Keller**; **Leiermann**, **Herr Schwarz**; **Gezerrter**, **Herr Keller**. Dirigent ist **Kapellmeister Weintraub**, die Regie führt **Oberregisseur Habelmann**. — Morgen Donnerstag folgt als erste Schauspielvorstellung **Shakespeares** Tragödie „**Macbeth**“, inscenirt und neu eingerichtet von **Regisseur A. Hoffmann**. Der Einrichtung ist die von **Prof. Max Koch** in **Breslau** revidirte Uebersetzung **H. Kaufmanns** zu Grunde gelegt. In dem Ensemble wird das gesamte Herrenpersonal des Schauspielers und ein großer Theil des Damenpersonals beschäftigt. **Herr Schady** spielt den **Macbeth**, **Fräulein Scheller** die **Lady Macbeth**. Das Trauerspiel ist in **Breslau** seit sechs Jahren nicht mehr aufgeführt worden.

Robe-Theater. Heute, Mittwoch, findet die fünfte Aufführung des **Arthur Schnitzlers** Schauspiel „**Die Beile**“ in Verbindung mit dem **Moser-Trojanischen** Genrebild „**Militärstrom**“ statt. — Donnerstag werden die **Oberkräfte** des Stadt-Theaters zum ersten Male in den Räumen des Robe-Theaters auftreten. Zur Aufführung gelangt **Soprano Kreuzers** romantische Oper „**Das Nachtlager von Granada**“. Mit Rücksicht auf die höheren Kosten gelten Vons an diesem Abend nicht. Dagegen erfahren die Kassapreise keinerlei Erhöhung und sind den üblichen Schauspielpreisen des Robe-Theaters gleich. — (Parquet 2,50 Mark.)

„An die Arbeiter Deutschlands!“ „Die Stenographie soll Gemeingut des ganzen Volkes werden.“ Von dieser feiner Devise ausgehend, hat der **Verband der Arbeiter-Stenographen-Vereine Deutschlands (Neu-Stolze)** es sich zur Aufgabe gestellt, die Kenntniß der Stenographie in immer weitere Kreise der Arbeiterschaft zu verbreiten, und waren die Erfolge seiner Agitation bis jetzt sehr gute zu nennen. Seit dem vergangenen Herbst hat der Verband etwa 100% an Mitgliedern zugenommen, ein Beweis, daß die deutschen Arbeiter wohl die Vorteile der Kurzschrift zu würdigen wissen und daß unsere Bestrebungen von den Parteigenossen unterstützt wurden. Der Verband zählt gegenwärtig 31 Vereine und ist in zahlreichen Städten Deutschlands durch Einzelmitglieder vertreten, die unermüßlich an dem Weiterausbau des Verbandes thätig sind. — Von Gegnern unserer Bestrebungen werden gegen die Erlernung der Stenographie verschiedene Einwendungen geltend gemacht. Der Eine sagt: „Was soll dem Arbeiter die Stenographie?“, der Andere: „Die zur Erlernung der Kurzschrift angewendete Mühe steht in keinem Verhältnis zu den erzielten Erfolgen.“ Beide Einwände sind gleich hinfällig. Für jeden denkenden, vorwärtsstrebenden Arbeiter ist und muß es die erste Aufgabe sein, sich eine immer größere Bildung durch Lesen geeigneter Literatur anzueignen. Wie schwer verständlich aber meistens unsere Parteiliteratur ist, brauchen wir wohl nicht auseinander zu setzen. Der Kenner der Stenographie ist nun im Stande, mit Hilfe der Kurzschrift schnell kurze, sachliche Auszüge aus dem Gelesenen zu machen und wird so nun Vieles rascher begreifen und verstehen lernen, als sonst. Schon dieser Umstand allein sollte hinreichend sein, die Genossen zur Erlernung der Kurzschrift anzuspornen. Ueberhaupt kann nicht genug betont werden, von wie ungeheurer Wichtigkeit die Kurzschrift für die agitatorisch und schriftstellerisch wirkenden Genossen ist. Weiterhin ist es aber bei einigem Fleiß ganz gut möglich, sich eine so hohe Schreibfertigkeit anzueignen, daß man die Kurzschrift mit den besten Erfolgen in Versammlungen u. s. w. anwenden kann. Von diesen Erwägungen ausgehend, wird der **Verband der Arbeiter-Stenographen-Vereine Deutschlands, Neu-Stolze**, auch in diesem Herbst, und zwar am 1. October, in den verschiedensten Orten Deutschlands Unterrichtscurse in der Stenographie einrichten und dürfen wir wohl darauf rechnen, daß die zu eröffnenden Kurse zahlreiche Theilnehmer finden. Besonders die Vorstände der Gewerkschaften und politischen Vereine werden ersucht, unserer Sache ihre Unterstützung zu leisten. Einzelne Genossen, welche die Stenographie beherrschen, werden gebeten, dem Verbande beizutreten. Monatlicher Beitrag 20 Pf., wofür freie Zeitung „**Der Arbeiter-Stenograph**“ (7 Seiten in Steno-Auto-graphie und eine Seite Typendruck). Nähere Auskunft über die Einrichtung von Unterrichtscursen, brieflichen Unterricht u. s. w., erteilt der Vorstand des **Verbandes der Arbeiter-Stenographen-Vereine Deutschlands, Neu-Stolze**, und wolle man sich dieserhalb wenden an den Vorsitzenden **Ludwig Burmeister**, **Hamburg, Rippeltstraße 7**.

Postalisches. Von der Reichspost wird gegenwärtig die Einführung sogenannter Kartentelegramme erwogen. Es ist beabsichtigt, auf Wunsch offene Depeschen auf post-kartenähnlichen Formularen den Empfängern zuzustellen. Die Kartentelegramme würden für 15 Worte (die Adresse mitgerechnet) nur 30 Pf. kosten. Die Post erspart dabei aber viel Zeit und Arbeit, mehrere dienstliche Bemerkungen über Abgangs- und Abfertigungskunde, Faltung und Schließung der Depeschen, sowie Eintragung in das Abfertigungsbuch. Die Bestellung wäre auch eine viel beschleunigtere. Die Ausnutzung solcher Kartentelegramme für Curdepeschen etc. will man durch Beschränkung der erlaubten Anzahl von mitteltelegraphischen Zahlen auf zwei oder drei Gruppen (zu je fünf Ziffern) verhindern. Ein Postkempel Lante, wie bei Postkarten, die Anknüpfbestimmungen erhalten.

Maria-Seburk Markt. Der gestern begonnene Jahrmarkt wurde unter günstigen Umständen eröffnet. Das Wetter war herrlich. Die Bedienten der Landwirthe um **Breslau** erschienen in hellen Schuhen, um Einkäufe zu machen. Die Detaillisten machten ganz gute Geschäfte. Schußwerk wurde viel gekauft, ebenso fanden guten Absatz Textilwaaren aus **Schlesien** und **Sachsen**. Die Porzellans- und Töpferwaaren von **Waldenburg** resp. **Bunzlau** wurden von unseren Hausfrauen viel gekauft. Das **Engros-Geschäft** in dieser Branche hat einen wesentlichen Rückgang zu verzeichnen.

Schwere Unglücksfälle. Am 14. d. M., Abends, stürzte der **Kellner Franz Stolle** in dem **Grundstück Scheinigerstraße 26** über ein Treppengeländer mehrere Stadierte hoch ab und blieb in dem Hausflur benimmungslos liegen. Nach Aussage eines Arztes hat der Mann einen Schädelbruch erlitten. Der Bergung wurde auf einer Tragbahre in eine Klinik an der **Thiergartenstraße** geschafft. — Am demselben Tage stürzte der in dem **Grundstück Kreuzstraße 43** beschäftigte **Maurer Paul Schudert** aus einem Fenster im ersten Stock ab und verletzte sich schwer an Hinterkopf. Der Mann wurde in einem Krankenwagen dem **Älterbeiligen-Hospital** zugeführt.

Zur Ermittlung. Vor etwa vier Wochen hat ein Arbeiter im Polizeigefängniß eine Spindeluhre zurückgelassen mit dem Bemerkten, dieselbe am nächsten Tage abholen zu wollen. Dies ist bis jetzt nicht geschehen.

Straßenraub. Ein **Realschüler** aus **Kalisch** war vor mehreren Wochen von seiner Mutter, die sich nach dem Tode ihres Mannes durch Ertheilung von Unterricht in der französischen Sprache einen Verdienst erwirbt, nach der Schweiz geschickt worden, um dort die von der Mutter erhaltene Kenntniß der französischen Sprache zu vervollkommen. Jetzt kehrte der junge Mann zurück und traf am 14. d. Mts., Abends, mit seinem Handgepäck auf dem **Oberschlesischen Bahnhofe** ein. Sein Reisegeld hatte er in einem auf der Brust ruhendenbeutel verwahrt. Vom **Oberschlesischen Bahnhofe** wollte er sich auf den **Oberthorbahnhof** begeben, von wo er nach **Arnrow** zu reisen beabsichtigte, da ihn dort seine Mutter erwartete. Als er mit zwei Koffern in den Händen sich auf den Weg machte, trat ein etwa 40 Jahre alter Mann an ihn heran und erbot sich, die Koffer zu tragen, worauf der **Schüler** auch einging. Der Mann führte hierauf den hier völlig fremden **Schüler** auf ein Feld in der Nähe des **Oberschlesischen Bahnhofes**. Dort angelangt, wurde der **Schüler** von dem Manne plötzlich angefaßt. Mit einer Hand presste der Mann ihm die Kehle zu und herabtauchte ihn mit der anderen, wobei ihm außer einer silbernen **Kameraschraube** auch der erwähnte **Beutel** entwich. ... 95 M. in die Hände fiel. Unter diesem Gelde befand sich ein **20-Francstück**. Alsdann nahm der **Dieb** nach die beiden Koffer, der eine von **Grüner**, der andere von **Wieser** Weinwand, an sich und ergiff die **Flucht**. Der **Beräubte** erstattete der **Polizei** Anzeige, die noch in der **Nacht** Recherchen nach dem **Räuber** aufnahm. In den Koffern, von denen der eine die

